



Antrag

der Fraktion der SPD

Das neue Bürgergeld auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat dem Bürgergeld-Gesetz zuzustimmen.

Begründung:

Mit dem Bürgergeld-Gesetz soll ab 1.1. 2023 das neue Bürgergeld die alte Grundsicherung (SGB II) ersetzen. Damit vollzieht sich ein fundamentaler Wandel des Sozialstaats. Mit dem neuen Bürgergeld sollen die Menschen verlässlich abgesichert werden. Das neue Bürgergeld bedeutet mehr Sicherheit und Respekt für die Lebensleistung von Menschen und schafft mehr soziale Sicherheit in einer modernen Arbeitswelt. Mit dem neuen Bürgergeld steht zudem die Vermittlung in eine passende Arbeit im Mittelpunkt. Das Bürgergeld unterstützt mehr als bisher auf dem Weg in langfristige, nachhaltige Beschäftigung statt auf schnelle Vermittlung zu setzen.

Mit der Einführung des Bürgergelds wird der Regelsatz erhöht und künftig schneller an die Inflation angepasst, um Preissteigerungen besser abzubilden.

Unsere Erwartung ist, dass sich die schwarz-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein klar zum Bürgergeld bekennt und im Bundesrat zustimmt. Jetzt steht mit dem Bürgergeld eine Reform an, die Millionen Menschen mit wenig Geld entlastet und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt schafft.

Serpil Midyatli
und Fraktion